

# Solidarität



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 33 • 35. Jahrgang

Berlin, den 17. August 1929

### Gewerkschaften und Politik

Gewerkschaften sind Vereinigungen von Verkäufern menschlicher Arbeitskraft zum Zweck der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Käufern dieser Arbeitskraft, den Kapitalisten (Unternehmern oder sogenannten „Arbeitgebern“). Arbeitskraft ist aber die einzige Ware, an deren Preissteigerung die Kapitalisten niemals interessiert sind, weil sie die einzige Ware ist, die unter keinen Umständen mit Nutzen weiterverkauft werden kann. Der Kapitalist, der menschliche Arbeitskraft kauft, fauft sie, nicht um sie, sondern ihre Produkte weiterzuverkaufen, und darum kann er wohl aus der Preissteigerung der Produkte Nutzen ziehen, niemals aber aus der Preissteigerung der Arbeitskraft selbst, die vielmehr seine Produktionskosten erhöht und deshalb von ihm bekämpft wird.

Bestände bei uns noch die Sklaverei, so würde sich kein Kapitalist darüber wundern, daß der Sklavenhändler den Sklaven, den er für tausend gekauft hat, für tausendeinhundert weiterverkaufen will. Er würde vielmehr den geforderten Preis ohne weiteres bezahlen, wenn die Konjunktur des Arbeitsmarktes keinen billigeren Einkauf ermöglicht, so wie er für Baumwolle, eiserne Träger, Holz oder Papier den Preis bezahlt, der sich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage ergibt, ohne sich darüber zu erheben, daß der Produzent von Baumwolle, Holz, Papier dabei seinen reichlichen Vorteil findet. Nur in ganz außerordentlichen Fällen, wo durch künstliche Zurückhaltung angestammelter Vorräte eine unverhältnismäßige Preissteigerung in Rohstoffen entsteht, wird es ab und zu in der Kapitalistenklasse selbst zu einer Bewegung kommen, die unter Anführung allgemein-volkswirtschaftlicher und rechtlich-sittlicher Gründe ein Eingreifen der Staatsgewalt fordert. Dagegen gilt den meisten Kapitalisten oder doch wenigstens den meisten industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitgebern jede Verabredung zum Zweck der Preissteigerung der Ware Arbeitskraft und jedes künstliche Zurückhalten derselben durch Streit als eine Aufsehung gegen alle Gebote der sittlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ebenso wird eine Regierung, die von kapitalistischen Klassenvorurteilen beherrscht ist, einen Ausschlag z. B. der Getreidepreise um zehn oder mehr Prozent nicht bloß mit vollendeter Ruhe registrieren, sondern vielleicht sogar als erwarteten und vorausgesehenen Erfolg ihrer Sozialpolitik begrüßen. Diefelbe Regierung wird aber, ohne sich des fürchtbaren inneren Widerspruchs ihrer Handlungsweise bewußt zu werden, eine auf Erzielung einer zehnprozentigen Lohnerrhöhung abzielenden gewerkschaftlichen Bewegung mit den ihr zu Gebote stehenden Nachtmitteln bekämpfen.

Es ergibt sich hier das festsame Wechselspiel, daß die Arbeiter auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ihre Lage zu verbessern beabsichtigen, während umgekehrt die Unternehmer und der ihnen dienstbare Staat diesen Boden verlassen und durch öffentliche Gewalt im angebliehen Interesse der Gesamtheit einen Druck auf den Arbeitsmarkt auszuüben versuchen. Mit sozialistischen Argumenten, mit der Notwendigkeit, die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen im Interesse der Gesamtheit einzuschränken, operieren die Gegner der Gewerkschaften heute auf jenen Gebieten, auf denen den Arbeitern heute noch in manchen Staaten das Koalitionsrecht vorenthalten wird. So soll z. B. die ungeheure volkswirtschaftliche Wichtigkeit einer geordneten Einbringung der Ernte, die von keiner Seite bestritten wird, die Gewährung des Streikrechts an die landwirtschaftlichen Arbeiter ausschließen. Daß eben wegen dieser ungeheuren Wichtigkeit der Ernte die landwirtschaftlichen Unternehmer vielleicht auch umgekehrt vom Staat gezwungen werden könnten, durch Bewilligung der Arbeiterforderungen den drohenden Streik zu vermeiden, wird geflissentlich übersehen.

Wo die Arbeiter Einfluß auf den Staat gewinnen, da werden sie selbstverständlich dahin trachten, nicht bloß volle Koalitionsfreiheit zu schaffen, sondern auch die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, den Marktpreis der menschlichen Arbeitskraft zu steigern, nach Möglichkeit unterstützen. Der Staat wird also dann mit seiner Sympathie auf Seiten der Arbeiterorganisationen stehen, die mit anderen Mitteln denselben Zweck verfolgen, wie er selbst: nämlich die Persönlichkeit des einzelnen auf die Verwertung seiner Arbeitskraft angewiesenen Menschen vor der Übermacht des koalitierten Kapitals zu schützen. Aus Gründen der allgemeinen Produktionspolitik wird er möglichst zu verhindern bestrebt sein, daß Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern zur Unterbringung des Produktionsprozesses führen, er wird dahin zu wirken trachten, daß den Arbeitern ohne Kampf bewilligt wird, was die Industrie unter den gegebenen Verhältnissen äußerstenfalls zu bewilligen in der Lage ist. In dieser Absicht wird er auch die Errichtung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern sowie den Abschluß von Tarifverträgen zu fördern suchen. Den Schluß sogenannter „Arbeitswilliger“ wird er niemals bis zur Parteinahme für diese „nützlichen Elemente“ treiben, er wird nicht in jedem Versuch, den Streikbrecher von der moralischen Bewerksichtigung seines Verhaltens zu überzeugen, eine strafbare Handlung erblicken, die im Keim erstickt werden muß. Wirkliche Angriffe auf Arbeitswillige wird er freilich ebensowenig billigen können, wie die absichtliche Zerstörung von Produktionsmitteln oder das absichtliche Verderben von Arbeitsmitteln oder Produkten, die sogenannte Sabotage. Solche Vorkommnisse mögen mitunter unvermeidliche Begleiterscheinungen einer rasch vor sich gehenden revolutionären Entwicklung sein, sie sind aber weder möglich als dauernd anzuwendende Mittel, noch als Bestandteile irgendeiner denkbaren Ordnung. Die Bildung von Arbeitgeberverbänden kann dem Staat insoweit willkommen sein, als durch sie der Abschluß von Kollektivverträgen nach vorheriger Verhandlung von Organisation zu Organisation ermöglicht wird. Solche Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten beider Parteien verlaufen aus psychologisch leicht begreiflichen Gründen viel reibungsloser als Konflikte zwischen dem einzelnen „Herrn im Hause“ und „Ihnen“ Leuten, bei denen persönliche Momente zur Steigerung der beiderseitigen Erbitterung beitragen. Der Anspruch der Unternehmer, nur mit „ihren“ Leuten zu verhandeln, muß schon deshalb unbedingt zurückgewiesen werden, ebenso verdienen alle Bestrebungen der Unternehmer, die dahin zielen, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter auf dem Wege privater Vereinbarung, durch schwarze Listen und zentralisierte Arbeitsnachweise der „Arbeitgeber“ aufzuheben, die schärfste Bekämpfung durch Gesetzgebung und Verwaltung. Die beliebte Taktik der Unternehmer, zu Zeiten ungünstiger Konjunktur Streiks zu provozieren und diese dann mit einer Ausperrung zu beantworten — woburch die Last der Krise auf die Arbeitslosenorganisationen gewälzt und die Arbeiter als Ausbeutungsobjekte zu Zeiten des Aufschwungs gezügelter gemacht werden sollen —, kann gerechterweise nicht auf eine Stufe gestellt werden mit der Taktik der Arbeiter, die darauf hinausläuft, zu Zeiten günstigen Geschäftsganges bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Für den Staat kann es nicht dasselbe sein, ob eine Organisation zugunsten des Kapitalprofits den Preis der menschlichen Arbeitskraft drückt, oder ob sie umgekehrt den Preis der Arbeitskraft auf Kosten des Profits zu erhöhen bestrebt ist. Wenn der Staat, wie schon gesagt wurde, die Tendenz haben muß, womöglich jede Stekung der Produktion zu vermeiden, so muß er sich mit besonderer Schärfe gegen willkürliche Produktionsstörungen wenden, die den Zweck haben, die Produktion zu verschlechterten Arbeitsbedingungen weiter fortzuführen.

Aus all dem Geagten geht hervor, daß die Gewerkschaft niemals politisch neutral sein kann in dem Sinne, daß ihr gleichgültig wäre, wie sich Staat, Gesetzgebung und Verwaltung zu ihr verhalten. Eine solche Neutralität der Gewerkschaft wäre gleichbedeutend mit Gleichgültigkeit gegen die eigenen Existenzbedingungen. Die Gewerkschaft kann auch nicht verschiedenen politischen Parteien gegenüber neutral sein; denn sie kann die Parteien, die ihr die Erfüllung ihrer Aufgaben erschweren, nicht gleichstellen mit anderen Parteien, die ihre Tätigkeit erleichtern.

Der Begriff der politischen Neutralität, auf die gewerkschaftliche Tätigkeit angewendet, kann also nur so verstanden werden, daß die Gewerkschaft die Grenzen, die ihr durch die notwendige Arbeitsteilung zwischen ihr und der Partei gesetzt sind, respektiert. Der Gewerkschafter verpflichtet sich zu einem bestimmten Handeln, das im nächstliegenden Interesse der Arbeiter notwendig ist, und kann zu diesem wirtschaftlichen Handeln auch durch eine gewisse wirtschaftliche Profession angehalten werden. Pflicht des Parteimannes dagegen ist es, politische Überzeugungen zu vertreten und zu propagieren, und zur Erfüllung dieser Pflicht kann ihn nur freier Entschluß, nicht wirtschaftlicher Zwang bestimmen. Die Gewerkschaft kann und muß tolerant sein gegenüber abweichenden politischen Überzeugungen ihrer Mitglieder — in diesem Sinne übt sie Neutralität, denn sie kann Überzeugung nur wieder mit Überzeugung, nicht aber mit den Mitteln gewerkschaftlicher Disziplin bekämpfen —, sie kann aber nicht tolerant sein gegenüber Handlungen, die ihre wirtschaftlichen Absichten durchkreuzen. Nicht der politisch andersdenkende Arbeiter, sondern nur der Disziplin- und Streikbrecher ist ihr Feind. U. B.

### Zum Abschluß der Lohnbewegung im Steindruckgewerbe Berlins!

Die Lohnbewegung der Berliner Kollegenschaft verdient mit gutem Recht, nachdem sie ihren Abschluß mit dem 9. und 10. August gefunden hat, eine Aufzeichnung ihrer Eigenarten und Erfolge.

Will man Zyniker sein, müßte man sagen, sie hatte mehr Eigenarten von besonderem Interesse, als man es vom Erfolg behaupten kann.

Eigentlich trifft das auf die Berliner Lohnverhandlungen der letzten Jahre, soweit das Steindruckgewerbe in Frage kommt, überhaupt zu. Zum größten Teil liegt das allerdings an der fraglosen Tatsache, daß die Berliner Steindruckprinzipale von ganz besonders seltenem Solge geschnitten sind. Besser und treffender würde man sogar sagen: „Der Stein ihres Gewerbes formte ihnen ein besonderes Herz und Hirn!“

Und so meißelte der Steinmeh Schicksal unseren Berliner Kollegen einen Unternehmertyp von besonderer Eigenart, der sein Hauptquartier in die Reichshauptstadt verlegte und hier mit besonders scharfen Augen darüber wachte, daß kein gutes Beispiel in bezug auf Bewilligung höherer Löhne den Prinzipalvereinigungen anderer Druckorte gegeben wird.

So kam es dann, daß zentrale Abschlüsse in freier Vereinbarung nicht mehr möglich waren, ohne vorher den Schlichter anzurufen. In der jetzt abgeschlossenen Lohnbewegung kam noch die neue Erscheinung der Verschleppungsaktik hinzu. Allerdings hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn auch in Berlin gibt es Gedulds Grenzen trotz aller Gemütslichkeit.

Es muß bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß sich die Berliner Steindruckereihilfsarbeiter diesermal besonders tüchtig gezeigt hat, weil eben die beachtliche Verschleppungsaktik wie Eis in der Flamme gewirkt hatte.

Die Prinzipale waren wider Erwarten weise genug, diese Bewegung in der Kollegenschaft zu er-

kennen und ihr Handeln noch im letzten Augenblick umzustellen. Leicht war es daher nicht, die durch die Unternehmerabsichten ausgewüthelten Kampfgelichter wieder zu beschwichtigen. Nur Disziplin und Verbandstreue vermochten es zu tun! Wieviel Langmut gegenüber so harter Unternehmerwillkür von der Kollegenchaft aufgebracht worden ist, soll nach Skizzierung dieses Taps der sachliche Verhandlungsbericht erweisen.

Der abgelaufene Lohnvertrag hatte am 31. Mai zu erlöschen aufgehört. Die Berliner Ortsverwaltung kündigte diesen nach Art der vereinbarten Bestimmungen 14 Tage vorher und überreichte die von einer Funktionärkonferenz am 10. Mai beschlossene Forderung auf Erhöhung des Lohnes um 10 Prozent. Mehrere Verhandlungen in den Monaten Juni und Juli führten zu gar keinem Ergebnis. In crüer Linie hörten sich die Unternehmer gern und lange reden, oftmals mit dem scheinbaren Zweck, den Verhandlungspartner in tiefen Schlaf zu verlegen und um die Gefährdung ihres Säckels soweit als möglich hinauszuzögern.

Wie die Jahresberichte der Berliner Ortsverwaltung vom Jahre 1928 und weiter zurück unter der Rubrik „Steindruck“ nachleitet, der erzählt beinahe in wörtlichen Wiederholungen, was die Unternehmer auch in den diesmaligen Verhandlungen zu unserer Forderung zu sagen hatten. Eine Abwechslung in dieser Art zu konferieren leistete sich eigentlich nur einer der Herren. Er antwortete nach der Begründung unserer 10prozentigen Lohnforderung durch unseren Verhandlungsführer folgendes:

... ich kann dafür bürgen, daß unsere Steindruckbetriebe ganz außerstande sind, auch nur die geringste Lohnhöhung zu tragen, ohne daran zugrunde zu gehen. Ich bin bereit, dieses Gelöbniß statt mit Tinte, mit meinem Herzblut zu unterschreiben!

Im vorigen Jahr machte ebenfalls einer der Herren einen ähnlichen Luftsprung, an den erinnert werden muß!

„Wenn wir nicht die soziale Lage unserer Arbeiterschaft berücksichtigen würden, ... müßten wir den Lohn abbauen!“

Noch schöner war der folgende Ausspruch:

... gehen die Betriebe kaputt, verlieren wir alles meine Herren, der Arbeiter aber sucht sich ein Unterkommen in einer anderen Industrie!“

Mit diesen Ansprüchen weiß man natürlich nichts anzufangen, wenn man feststellen muß, daß in dieser selben Zeit, wo solche Ansprüchlichkeiten gemacht wurden, noch immer Überarbeit notwendig war. Außerdem aber in der ganzen letzten Lohnperiode eine Lohnhöhung von 7 Prozent vom Gewerbe ertragen worden ist. Solange ein Industriezweig produziert und dazu Menschennmaterial benötigt, muß er eben unter allen Umständen auch den Produzenten ernähren! Und dazu gehört doch auch die in der Industrie beschäftigte Arbeiterschaft.

Es ging auch diesmal nicht ohne Anrufung des Schlichtungsausschusses ab, wodurch die Erneuerung des Lohnabkommens immer weiter hinausgezögert wurde.

In bezug auf Zeitgewinnung entsprach der Schlichtungsausschuß dann auch tatsächlich ganz dem Wunsche der Unternehmer und fällte einen Spruch, der in seinen Früchten der Kollegenchaft einen viermonatigen Verlust einer Lohnhöhung zumutete, indem er den 1. Oktober 1929 als ersten Jahrtag der 6prozentigen Erhöhung vorschlag. Erläuterungsjahr war der 10. September.

In einer Mitgliederversammlung, die außerordentlich gut besucht war, kam dann auch die aufgespeicherte Empörung zum Ausbruch, da es keinem Zweifel unterlag, daß auch am 10. September die Unternehmer die Zustimmungserklärung verweigern würden, um neben der Hinauszögerung noch eine Senkung der Zulagen zu erreichen. Ein Antrag auf sofortigen Streitbeginn verzeichnete die Tatsache, daß dazu große Neigung vorhanden war. Verständlich! Hatten wir doch schon zwei resultatlose Monate verstreichen sehen und nun noch ein Schiedspruch mit solchen Fristen. Nach Beratung der Versammelten wurde jedoch ein anderer Weg eingeschlagen, und zwar wurde vom nächsten Tage, also dem 31. Juli, jede Überstundenarbeit verweigert.

Die Ansetzung dieses Beschlusses in die Tat hatte dann auch auf das Telephon der Berliner Ortsverwaltung und auf die „Steindrucksteinharten“ Unternehmer sehr alarmierend eingewirkt. Auf die letzteren vermuthlich mit langfristiger Nachwirkung, so daß wir hoffen dürfen, die diesmalig angewendete Verschleppungstaktik für immer ausgemergelt zu haben. Stehen uns doch im Wiederholungsfalle beachtliche und noch wirksamere Kampfmittel zur Seite. Die nun folgenden Zusammenkünfte der beiderseitigen Verhandler waren dann auch von einem viel besseren und höherem Willen zur Verständigung getragen mit dem Erfolg, daß der Berliner Kollegenchaft nun schon ab 1. August bis 30. September 1930 eine Lohnhöhung von 5 Prozent zugestanden werden mußte.

Dem Beispiel anderer Druckstädte folgend, sind mit der nachstehenden Tabelle die neuen Mindestlöhne verzeichnet, die ab 1. August in Berliner Steindruckbetrieben zu zahlen sind:

|  | Wöchentliches<br>Zulage ab<br>1. August<br>29. | Neuer<br>Mindestlohn<br>29. |
|--|--|-----------------------------|
| <b>Schleifer:</b> über 24 Jahre . . . . .          | 2,40   | 52,19                       |
| von 21 bis 24 Jahren . . . . .                     | 1,96   | 41,23                       |
| von 19 bis 21 Jahren . . . . .                     | 1,82   | 39,99                       |
| von 18 Jahren . . . . .                            | 1,39   | 29,10                       |
| <b>Stoßträger:</b> über 24 Jahre . . . . .         | 2,28   | 47,97                       |
| von 21 bis 24 Jahren . . . . .                     | 1,85   | 38,82                       |
| von 19 bis 21 Jahren . . . . .                     | 1,50   | 31,57                       |
| von 18 Jahren . . . . .                            | 1,33   | 27,92                       |
| <b>Jugendliche (männl.):</b> 14 Jahre . . . . .    | 0,61   | 12,75                       |
| 15 Jahre . . . . .                                 | 0,61   | 12,75                       |
| 16 Jahre . . . . .                                 | 0,67   | 13,99                       |
| 17 Jahre . . . . .                                 | 0,87   | 18,20                       |
| <b>Anlegerinnen</b> . . . . .                      | 1,58   | 33,00                       |
| <b>Bogenfängerinnen</b> . . . . .                  | 1,44   | 30,33                       |
| <b>Hilfsarbeiterinnen:</b> über 21 Jahre . . . . . | 1,16   | 24,27                       |
| von 19 bis 21 Jahren . . . . .                     | 1,10   | 23,03                       |
| von 18 Jahren . . . . .                            | 1,04   | 21,85                       |
| <b>Jugendliche (weibl.):</b> 14 Jahre . . . . .    | 0,61   | 12,75                       |
| 15 Jahre . . . . .                                 | 0,61   | 12,75                       |
| 16 Jahre . . . . .                                 | 0,67   | 13,99                       |
| 17 Jahre . . . . .                                 | 0,81   | 17,02                       |

Die hier vereinbarten Lohnzulagen werden im Gegenfall zum Schiedspruch auf die jetzt bestehenden Gesamtlöhne gezahlt. Ein Vorzug der nun getroffenen, vorher ganz unmöglichen, freien Vereinbarung. Die Geltungsdauer muß befriedigend bezeichnet werden, zumal viele der jetzt abgeschlossenen Lohnverträge 1½ bis 2 Jahre und darüber hinaus Gültigkeit haben sollen. Es war gut, daß der Berliner Ortsvorstand einstimmig die Verhandler beauftragt hatte, bei allgemeiner Besser-

**Schlägst du mir eins auf die linke Wang',  
hau' ich dir zwei auf die rechte,  
so soll es gelten mein Leben lang  
im irdischen Gefechte.**

gestaltung des Gemeintommens einen geringen Prozentverlust in den Kauf zu nehmen, denn die Berliner Kollegenchaft der Steindruckbranche zeigte am Nachmittag des 9. August nicht reißlos die Absicht, schon dieses Resultat anzuerkennen. Es war wiederum eine gut besuchte Versammlung. Die erst leidenschaftlos diskutierten, dann aber würdevoll im Verlauf der Abstimmung wurde.

Möge dieses Sturmzeichen, von der Ortsleitung in die richtigen Bahnen geleitet, eine bringende Mahnung an die Unternehmer bei kommenden Verhandlungen sein, denn der härteste Stein platzt, wenn der Reil härter ist. R. P o s l.

## Das Sanierungsprojekt in der Arbeitslosenversicherung

Die Kapitalisten reiben sich vor Freude die Hände. Die von ihnen seit Monaten betriebene schamlose Heße gegen die Arbeitslosenversicherung hat nun für sie zu einem großen Erfolg geführt. Oder sind vielleicht die Vorschläge, die die Mehrheit der Sachverständigen zur Reform der Arbeitslosenversicherung ausarbeiteten, keine Preisgabe der Arbeitslosenversicherung an die Wünsche der Unternehmer? Und soll die von den Sachverständigen vorgeschlagene Reform Wirklichkeit werden, weiß Gott, noch nie waren wohl Sachverständige so unsachverständig wie diesmal, so wird Hunger und Tränen das Ergebnis davon sein. Was kümmert schließlich dies die Herren Sachverständigen. Es werden ja nur die Tränen von Proletariatskindern und Proletariatsfrauen sein. Und auch der Hunger wird nur diese quälen. Eine Doktor-Eisenbart-Kur empfehlen die Herren Sachverständigen. Mit solchen Methoden Sozialpolitik zu treiben, mutet nicht nur hinterwäldlerisch, sondern geradezu irrsinnig an. Noch ist ja der Bericht der Sachverständigen nicht in seinem vollen Wortlaut veröffentlicht, man ist noch dabei, ihn daraufhin zu rebegieren, daß ja keine beschlossene Verschlechterung durchtrifft. Aber aus dem, was bisher bekannt geworden ist, ist zu ersehen, daß die Vorschläge in ihrer Gesamtheit nicht nur nicht eine Verdrückung der Interessen der Arbeitslosen, sondern direkt ein Verbrechen an den Arbeitslosen darstellen. Ja, die Kapitalisten hätten sich keine besseren Sachverständigen wünschen können.

Vier Wochen lang konnten die Sachverständigen an der Verhandlung der Arbeitslosenversicherung herumarbeiten bzw. ihre reaktionären Vorschläge ausbrüten, ohne daß die Öffentlichkeit, vor allem die Arbeitnehmerschaft, davon etwas erfuhr. Überhaupt komisch, daß Be-

lange, die berari einschneidend für die Arbeitnehmerschaft sind, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, vertraulich, gleich auf einer Geheimkonferenz, behandelt werden. Aber auch dies hatte seinen Grund. Man konnte da ungeförter und vor allem ungehemmter die Arbeitslosenversicherung verschlechtern. Wenn nämlich die Beratungen öffentlich gewesen wären, da hätten die Sachverständigen unter dem Druck der sie kontrollierenden Massen gestanden, und wohl oder übel wären sie da zu anderen Beschüssen gezwungen gewesen. Nun, wie dem auch sei. Die Vorschläge der Sachverständigen sind und bleiben ein graufames Sanierungsprojekt. Der Arbeitslosenversicherung ist kein Arbeitslosenschutz mehr. Mit der Durchbrechung des gleichmäßigen Leistungsbezugs nach Erfüllung einer zehnjährigen Anwartschaft ist der Arbeitslosenschutz seines Kernes entkleidet.

Wir müssen auf das famose Sanierungsprojekt des Sachverständigenausschusses schon noch etwas näher eingehen, um zu zeigen, wie man Stück für Stück vom Arbeitslosenschutz abgehakt hat. Besonders die finanzielle Seite soll uns hier interessieren.

Auf Grund einer falschen Rechnung gedenkt man die Sanierung vorzunehmen. Für die kommenden Jahre wird die durchschnittliche Hauptunterstützungsziffer mit 1,1 Millionen angenommen. Man hat aber damit viel zu hoch geschätzt. In den Jahren 1927 und 1928 bewegte sich die Durchschnittsziffer um 900 000 herum. Auch in den nächsten Jahren wird sich diese Durchschnittszahl ergeben, höchstens aber auf eine Million steigen, niemals aber 1,1 Millionen erreichen. Es besteht vor allem aus dem Grunde die Wahrscheinlichkeit, daß die Zahl über 900 000 nicht steigen wird, da die Wirtschaftslage durch die Erleichterung des Young-Planes sicherlich eine Belebung erfährt, wahrscheinlich wird sich auch das Tempo in der Freigabe von Arbeitskräften durch die Rationalisierung mindern, und schließlich tritt mit dem Jahre 1930 auch der Geburtenausfall ein, der auch seinen Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausüben wird. Trotzdem diese Tatsachen bekannt sind, geht man für die nächsten Jahre eine durchschnittliche Hauptunterstützungsziffer von 1,1 Millionen an. Auf Grund dieser angenommenen 1,1 Millionen wurden nun die finanziellen Berechnungen angestellt. Man ist dabei zu einem jährlichen Defizit von 300 Millionen gekommen (280 Millionen Gehaltsetrag und 20 Millionen Notlohn). Die Deckung hat man sich nun folgendermaßen ausgedacht: Durch die Erhöhung des Beitrags von ½ Proz. sollen 140 Millionen oder genau 137,2 Millionen aufgebracht werden. Und die fehlenden 160 Millionen sollen dadurch aus der Welt geschaffen werden, daß man die Leistungen in dem Umfang abbaut, bis sich dadurch ein Betrag von eben 160 Millionen Mark ergibt. Und zwar sollen die 160 Millionen wie folgt eingepart werden: Durch die Staffellung der Unterstützungssätze im Verhältnis zur Dauer der ununterbrochenen Beitragsleistung 80 Millionen, durch die Verlängerung der Wartezeit 25 Millionen, durch die Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterstützung 16 Millionen, durch Abstrich bei der Krankenversicherung der Erwerbslosen 30 Millionen, durch besondere Verschlechterung der Wartezeit und der Unterstützungssätze der Saisonarbeiter 11,5 Millionen. Ergibt genau die Summe von 162,5 Millionen.

Den Hauptanteil an den Ersparnissen müßten die Saisonarbeiter und die Facharbeiter tragen. Von der Staffellung der Unterstützung sollen nämlich, welsch eine schöne Geste, die Lohngruppen I bis IV herausgelassen werden. Durch die Herabsetzung der Unterstützung der Saisonarbeiter auf die Krisenunterstützungssätze würde z. B. ein verheirateter Bauarbeiter anstatt des früheren Unterstützungssatzes von rund 25 Mark nun eine Unterstützung von 6 bis 7 Mark bekommen.

So will man sanieren!

Diese Sanierung darf auf keinen Fall Wirklichkeit werden. Und da man sie so schnell wie möglich unter Dach und Fach bringen will, so müssen wir ganz besonders aufpassen. Die Sachverständigen vorschläge, ein Produkt von Unzurechnungsfähigkeit und Brutalität, müssen als Reformbafis wieder verschwinden. Wenn man keine anderen Vorschläge weiß, als nur den Abbau der Leistungen, dann möge man uns mit solchen Vorschlägen ungeschoren lassen. Für uns ist nur eins diskutabel: Beseitigung der Mißstände dort, wo sie wirklich bestehen; Erhöhung der Beiträge um 1 Proz. Durch diese Erhöhung können die nötigen Ausgaben getätigt werden und die einschneidenden Abbaumaßnahmen sind überflüssig.

Die Arbeiterschaft hat in den nächsten Wochen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß sie es auf keinen Fall duldet, daß ihr von dem bisherigeu sowieso schon so karg bemessenen Unterstützungen noch 160 Millionen abgezogen werden, und zwar in der Hauptsache nur um deswillen, damit der Profit der Unternehmer nicht angetastet zu werden braucht.

Darum hinweg mit den Vorschlägen der Sachverständigen. Der Arbeitslosenschutz muß voll und ganz erhalten bleiben. R. P.

## Neuerungen in der Invalidenversicherung

Die Invalidenrenten wurden nach Beendigung der Inflation einheitlich auf 18 M. pro Monat festgesetzt, später auf 14 M. erhöht. Vom 1. April 1925 ab wurden wieder individuell festgesetzte Renten gewährt, d. h. die Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge im Einzelfall berücksichtigt. In den Jahren 1927 und 1928 wurden die Renten erneut erhöht, und ab 1. Oktober d. J. tritt eine weitere Erhöhung in Kraft. Die Rentenerhöhungen wurden jeweils so durchgeführt, daß die Steigerungssätze der bis zum 30. September 1921 geleisteten Beiträge um je einen oder einige Pfennige erhöht wurden, der Reichszuschuß und der Grundbetrag aber gleichgeblieben sind. Diese Maßnahme konnte aber immer nur für Renten angewendet werden, die neu festgesetzt wurden. Für die bereits laufenden Renten hat man eine prozentuale Erhöhung der Steigerungsbeträge gewährt. Die am 1. Oktober 1929 in Kraft tretende Verordnung bringt eine Erhöhung der Steigerungssätze um 15 Proz., die aber nur aus den Beiträgen berechnet wird, die bis zum 30. September 1921 entrichtet wurden. Die eintretende Rentenerhöhung wird je nach der Beitragsleistung im Einzelfalle bis zu 5 M. pro Monat ausmachen, sie muß bei der Invalidenrente mindestens 1 M. und bei Waisenrenten mindestens 50 Pf. pro Monat betragen. Die Invalidenrentner werden durch die Erhöhung keine großen Vorteile haben, weil, soweit von den Rentnern Wohlfahrtsunterstützung bezogen wird, das Wohlfahrtsamt die Unterstützung kürzt, obwohl dies vom Gesetzgeber nicht gewollt ist.

Die Gesetzesänderung erstreckte sich aber noch auf einen anderen, weit wichtigeren Punkt. Sie räumt jetzt allen Hinterbliebenen von Versicherten, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben oder an diesem Tage bereits dauernd invalide waren und dann verstorben sind, ohne die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben, das Anrecht auf Hinterbliebenenrenten ein. Bisher waren die Angehörigen dieser Versicherten ohne Hinterbliebenenfürsorge, weil der Gesetzgeber beim Erlass der Reichsversicherungsordnung und der Einführung der Hinterbliebenenversicherung am 1. Januar 1912 sie von den Versicherungsleistungen ausgeschlossen hat. Ab 1. Oktober d. J. werden Hunderttausende von Witwen endlich das erhalten, was ihnen bei sozialer Gestaltung der Gesetzesbestimmungen schon seit vielen Jahren zugefallen wäre.

Die Hinterbliebenenrenten werden aber nur auf Antrag gewährt, weil die Landesversicherungsanstalten auf Grund ihres Aktenmaterials nicht feststellen können, welche Witwen und Waisen Anspruch erheben können. Die Hinterbliebenenrenten werden jedoch nur dann gewährt, wenn der Versicherte zur Zeit seines Todes die Wartzeit — 200 Beitragswochen — zurückgelegt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat. Dieser Nachweis wird für viele Witwen nur schwer zu erbringen sein, weil nach so langer Zeit weder die Quittungsartenbescheinigung, noch die letzte Invalidenkarte mehr vorhanden ist. Mit dieser Tatsache hat das Reichsarbeitsministerium gerechnet, es hat deshalb Bestimmungen dahin erlassen, daß, wenn Tatsachen, die zur Begründung des Hinterbliebenenanspruchs geeignet sind, nicht mehr festgestellt werden können, dennoch dem Anspruch stattgegeben werden muß, wenn die Tatsachen glaubhaft gemacht werden.

Der Reichsarbeitsminister hat auch in der Durchführungsverordnung zugleich eine Bestimmung erlassen, in welchem Betrage die Renten zu gewähren sind, wenn ziffermäßige Nachweise der Beitragsleistung nicht mehr vorhanden sind.

Anträge auf Witwenrente, und soweit noch Waisen vorhanden sind, auch auf Waisenrente sind unverzüglich bei den zuständigen Versicherungsämtern oder bei der Landesversicherungsanstalt zu stellen. Wenn noch irgendeine Quittungsartenbescheinigung oder eine Invalidenkarte vorhanden ist, so kann diese als Beweismittel verwendet werden. Wenn nichts mehr vorhanden ist, aber Beitragsleistung zur Invalidenversicherung stattgefunden hat, so muß auf diese Tatsache hingewiesen und im Antrag Vor- und Zuname, Tag und Ort der Geburt und wenn möglich die Ausstellungsanstalt der ersten Invalidenkarte bezeichnet werden. Sind keine Nachweise mehr vorhanden, so kann durch Befragungen von Arbeitgebern über die Dauer der Beschäftigung und der Markenverwendung in vielen Fällen der Versicherungsanspruch vielleicht auch noch geklärt werden.

Bei der großen Bedeutung, die die neue Gesetzesänderung für die Witwen der verstorbenen Versicherten hat, sollte jeder Leser dieser Zeilen in Kollegen- und Bekanntenkreisen Umschau halten und die noch vorhandenen, meist in Not lebenden Witwen, eventuell auch Vormünder, auf die Antragstellung hinweisen. Nur wenn ein Antrag gestellt wird, können die Leistungen gewährt werden.

## Sommerlied arbeitender Mädchen.

Als der Frühling um die Hecken  
Harte Morgenschleier warf,  
Riß der Wind an Wolken scharf,  
Polkerte an hundert Ecken.  
Doch wie sangen: Sonnenschein,  
In die Werkstatt komm herein,  
Willst du dich vor uns verstecken,  
Dürfen wir nicht fröhlich sein.

Als der Frühling vor den Toren  
Junge Silberblüten brach,  
Sahen wir den Wolken nach,  
Die sie ganz in Blau verloren.  
Stilles, armes Menschenleid,  
Erklist du nie ein Feierleid!  
Seid ihr nur dem Weh geboren,  
Die ihr Gottes Kinder seid!

Und dann fiel aus hellen Sternen  
Tiefe, reise Sommernacht.  
Sehnsucht lief auf Glück bedacht,  
Jugend wollte lachen lernen.  
Herz begehrte neuen Drang,  
Der sich hoch zum Himmel schwang,  
Doch die Freude blieb in Fernen,  
Dämmern schritt in schwerem Gang.

Harter Schritt der Mühen eilte,  
Eh' noch die Maschine ging.  
An den lichten Wolken hing  
Auge, das in Träumen weilt.  
Arme, franke Menschenbrust,  
Wieder scheidet junge Lust.  
Keines Sommers Güte heilte,  
Haß von Freuden nichts gewußt.

Trinkt der Herbst in vollen Zügen  
Seinen letzten Feuerwanke,  
Lärmt Maschinenhaft, und krank  
Trinkt das Leid aus Erdenkrügen.  
Mühe zehet tagaus, tagein,  
Nennst nur enge Werkstatt dein.  
Sommerlust und Sonne tragen,  
Und es wird ein Winter sein.

Lied der stillen Arbeitsfrauen  
Wandert aus der Werkstatt weit:  
Alle werden schön're Zeit  
Und den wahren Frühling schauen.  
Strom der Menschenmühen fließt,  
Hand ist Kraft und Herz erschließt,  
Doch beglückt aus goldenen Auen  
Freier Born der Freude spricht.

Franz Rothenselber.

## Ach, wir Armen!

Ach, wir Armen! So spricht das Gretchen des Volkes im „Faust“. Nur drei Worte läßt Goethe da sprechen, doch drei Worte, die wichtiger als Bände sind.

Ach, wir Armen! Sahst du noch nicht, wenn es auch die vielleicht gut ging, die Familie des Nachbarn? In der der Vater keine Arbeit hat? In der er gestorben? In der die Frau schafft und leidet und sorgt?

Sahst du noch nie, wenn es dir selber auch gut ging, das bleiche Kind auf der Straße? Blinnte es dich noch nie mit seinen hohlen Augen an?

Gingst du noch nie durch Gassen, in denen Menschen im Zwielicht haufen? Sahst du noch nie den ausgemergelten Leib, der da schafft und schafft und schafft? — Wofür? —

Wache dein Herz frei, wenn du die Welt betrachtest! Laß deine Seele durchfluten deinen Miß! Steh mit dem gültigen Auge des Dichters, eines Menschen! Und: Ach, wir Armen! schreit es allerorts und immer wieder schmerzhaft in dein Herz.  
Dr. Gustav Hoffmann.

## Die internationalen Sekretariate kehren nach Deutschland zurück

In den letzten Wochen fanden mehrere internationale Berufscongresse statt. Die Internationale Union der Holzarbeiter tagte in Heidelberg. Diese erstreckt sich über vier Weltteile und umfaßt 50 Verbände in 26 Ländern mit 1 025 299 Mitgliedern. Das Sekretariat der Internationalen Union der Holzarbeiter befand sich bisher in Holland. Der Kongreß beschloß, es nach Deutschland zu verlegen, und wählte den Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Kollegen Fritz Tarnow, zum Sekretär. Dadurch ist der Zustand vor dem Kriege wiederhergestellt worden.

— Die Fabrikarbeiter-Internationale tagte zu gleicher Zeit in Hannover. Sie umfaßt 15 Länder mit 22 Verbänden und 536 000 Mitgliedern. Auch bei den Fabrikarbeitern hat der internationale Zusammenschluß Fortschritte gemacht. Es steht zu erwarten, daß weitere Verbände sich anschließen. — In Stockholm tagte die Internationale Föderation des Personals der öffentlichen Dienste und Betriebe. 43 Vertreter aus 10 Ländern waren anwesend. 500 000 Mitglieder gehören ihr zur Zeit an. Es wurde beschlossen, den Sitz der Internationale von Amsterdam nach Berlin zu verlegen. Der Vorsitzende des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Kollege Fritz Müntner, wurde zum Sekretär gewählt. Im Prinzip war man sich darüber einig, eine Verschmelzung mit der Beamten-Internationale herbeizuführen.

Diese Zurückverlegung der Berufssekretariate nach Deutschland hat eine gewisse Bedeutung. Der Anstoß zu internationalen Verbindungen ist vielfach von Deutschland ausgegangen. Aus diesem Grunde befaßten sich auch die Sekretariate hier. Um den internationalen Wiederzusammenschluß nicht zu erschweren, willigten die deutschen Gewerkschaftler nach dem Kriege darin ein, die Sekretariate ins neutrale Ausland zu verlegen. Auf die Dauer ist es natürlich unmöglich, daß kleine Berufsverbände die Sekretariate innehaben. Aus diesem Grunde ist die Zurückverlegung nach Deutschland ganz natürlich.

## Die Bäckerei

Die Lohnbewegungen in diesem Jahre sind von allen Seiten gehemmt worden. Die große Arbeitslosigkeit tat ein übriges. Um wieviel weniger die Erhöhung der Löhne in den ersten Monaten 1929 erfolgte, zeigt eine Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung im letzten Vierteljahrsheft. Dort lesen wir:

„Kennzeichnend für die gegenwärtigen konjunkturellen Spannungen auf dem Arbeitsmarkt ist die Tatsache, daß die tarifmäßigen Lohnsätze in diesem Jahre weniger gestiegen sind als im Vorjahre. Im Jahre 1928 hat sich vom 1. Januar bis zum 1. Mai der tarifmäßige Stundenlohn des gelernten Arbeiters um 4,6 Proz., der des ungerlenen Arbeiters um 4,8 Proz. erhöht. In diesem Jahre dagegen ist der Tariflohn für gelernte Arbeiter in der gleichen Zeit von 108,1 Pf. auf 110,5 Pf., d. h. nur um 2,2 Proz., der der ungerlenen von 81,2 Pf. auf 83,2 Pf., also nur um 2,5 Proz. gestiegen.“

Auch bei Zugrundelegung des gesamten industriellen Lohnneinkommens ist eine nicht geringe Schrumpfung des Einkommens der breiten Massen festzustellen. Nimmt man 1927 = 100, so betrug das Lohnneinkommen im ersten Vierteljahr 1928 103,3, im vierten Vierteljahr 1928 107,6 und im ersten Vierteljahr 1929 97,0. Die gleiche Zeit des Vorjahres gleich 100 gesetzt, ergab sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres ein Lohnneinkommen von 93,9. Das ist ein nicht geringer Unterschied. Jedenfalls wird das Einkommen der Arbeiter von den Schwankungen der Wirtschaftsbewegung am stärksten betroffen. Sie sind die Bäckerei, auf die alles abgelenkt wird.

## Sind Achtschneijährige schon zu alt?

Angesichts dessen, daß die gegenwärtige Konjunkturlage zu einem Stillstand in der Aufwärtsentwicklung des Arbeitsmarktes geführt hat, ist es sehr wesentlich, die Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung in den Außenberufen reiflos auszunutzen. Da ist es eigentümlich, wenn die Arbeitsämter mitteilen, daß die Landwirtschaft nur ganz junge Arbeitsburschen aus anderen Berufen einzustellen gewillt ist. Im Bericht des Landesarbeitsamts Westfalen vom 12. Juli lesen wir:

„Es ist in Westfalen sehr schwierig, „ätere“, d. h. Arbeitskräfte von über 17 Jahren, in der Landwirtschaft unterzubringen. Es wäre im Interesse des Arbeitsmarktes sehr erfreulich, wenn die Landwirte mehr als bisher bereit wären, auch diese Arbeitskräfte aus anderen Berufen für die Aushilfsarbeiten einzustellen.“

Diese Forderung des Landesarbeitsamts Westfalen erscheint mehr als berechtigt. Was soll aus den hunderttausend Beschäftigungslosen werden, wenn bereits Achtschneijährige bis Zwanzigjährige zu alt sind?

## „Der Verband tut nichts für uns“

Seufzend steigt der Hauskassierer die Treppe hinauf. Er hat so seine Last gerade mit den jüngeren Kolleginnen. Ob er wohl heute den Verbandsbeitrag bekommt? Seit drei Wochen läuft er nun schon vergebens. Was mag nur der alte Frau Dreyer in den Kopf gefahren sein, daß sie sich in den letzten beiden Wochen unter nichtsagenden Entschuldigungen weigert, den Beitrag für ihre Tochter auszuliegen. Mit diesem Gedanken ist er bis zur Stubentür der Familienwohnung gekommen, klinkt auf und tritt ein.

Die Familie sitzt, mit Ausnahme der erwachsenen Tochter Emma, am Tisch bei ihrem einfachen Abendessen. Die Hausfrau sieht sich um, erblickt den Besucher, und schon hört Kollege Krause Vorwürfe über den Verband: Der Lohn wäre gekürzt, längere Arbeitszeit würde verlangt; der Verband tue ja nichts für die Mitglieder. „Was soll meine Tochter da noch in der Organisation, ich bezahle nicht mehr!“

Krause hat die Worte schweigend hingehört. Aufregung schadet, so denkt er und fügt weiter in Gedanken hinzu, hier muß etwas nicht stimmen. Also erst einmal Licht in die dunkle Sache bringen. Und freundlich fragt er:

„Wer sagt Ihnen denn, liebe Frau Dreyer, daß der Lohn gekürzt ist und der Verband einer längeren Arbeitszeit zugestimmt hat? Wo ist eigentlich Ihre Tochter? Ich möchte von ihr gerne die Antwort haben.“

„Emma ist, wie jede Woche am Freitag, in der Versammlung.“

„So, so. Sie macht wohl wieder Versammlung wie vorige Woche auf dem Mastenball?“

„Was?“ Der Hausherr steht drohend vor Krause: „Das benehmen Sie mir erst mal.“

Er ist ehrlich enttäuscht, der gute Vater Dreyer, und schaut Krause böse an. Doch der hat schon andere Szenen erlebt und läßt sich durchaus nicht einschüchtern.

„Fragen Sie Emma nur, ob sie am letzten Freitag unseren Versammlungsabend besucht hat oder auf dem Mastenball war. Beugnet sie, so haben Sie nächste Woche von mir den Beweis.“ Zur Frau Dreyer gemeldet, bittet er: „Darf ich nicht einmal die Wohnliste Ihrer Tochter sehen?“

Er erhält sie, beachtet sie genau, traut darauf in seiner Tasche und holt die letzte Verbandszeitung heraus. Er hält der Frau den Lohnzettel unter die Nase und sagt: „Beste Frau, hier der Satz, den Emma verdient.“

„Ja, aber —! Ein viel geringerer Betrag steht doch nur auf der Liste.“

Krause ist Menschentömer. Er kommt ja mit vielen Leuten in Berührung. Wie es mit dieser Tochter steht, hat er längst heraus. Der heutige Zwischenfall kommt ihm nicht unwillkommen. Findet er doch so Gelegenheit, aufstrebend zu wirken. Das vernünftigungsüchtige Mädchen hat ihren Lohn selbst reduziert. Die Eltern leben das nun aus. Sein säuberlich ist die eine Zahl wegradiert und eine andere hingesetzt. Durch die Differenz ist das Taschengeld erhöht worden. Jetzt begreift Krause auch die Abneigung der Eltern gegen den Verband. Emma hat es seit einigen Wochen schon so getrieben, und dieses Mal hat sie es besonders groß gemacht.

Vater Dreyer schüttelt immer wieder den Kopf. „Schämst, sehr schämst“, meint er. „Wir wollen uns das Müdel vornehmen. Wie sieht es nun aber mit der verlängerten Arbeitszeit?“

„Ja“, erwidert Krause, „da müssen Sie Emma selbst fragen. Sie promoviert abends noch ein Stündchen in der Hauptstraße, wahrscheinlich sucht sie etwas. In der Versammlung war sie zuerst vor ein paar Monaten. Veranlassen Sie; daß Ihr Müdel die Verbandszeitung liest und mitbringt, dann können auch Sie sich zu jeder Zeit unterrichten.“

Herr Dreyer geht an den Schrank, holt Geld und legt es mit den Worten auf den Tisch: „Hier die rüdtständigen Beiträge. Ich hoffe, daß Sie in Zukunft nicht mehr über uns klagen können.“

Krause weiß, er hat ein gutes Werk getan. Die Alten sind ihm dankbar, auch das Mädchen wird zur Vernunft kommen. Er mußte so handeln, denn den Vorwurf, „der Verband tut ja nichts“, mußte er zurückweisen.

Und weiter macht er sich auf den Weg, und mit ihm gehen viele andere, die ehrlich und unegennützig sich mühen.

B. Kei, Vöbek.

## Aus den Zahlstellen

**Augsburg.** Am 27. Juli fand in der „Restaurations Neuschwanstein“ die Jahrsversammlung statt, zu der auch der Gauleiter, Kollege Lehmeier, München, erschienen war. Die Tagesordnung enthielt außer dem Jahrsberichtsbericht zwei interessante Vorträge. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Koppold, in kurzen Zügen die wenigen Ereignisse streifte, die sich seit der letzten Quartalsversammlung ereignet haben, gab der Kollege Wörl, wie von ihm nicht anders gewöhnlich, einen sehr übersichtlichen Bericht über die Klassenverhältnisse der Zahlstelle. Kollege Mayer, als Kassier, berichtete über die stattgefundenen Revision der Kasse, Bücher und Belege, die nach gewissenhaftester Prüfung in voller Ordnung befunden wurde. Dem Kassierer wurde auf Antrag einstimmig Entlastung erteilt. Anschließend daran hielt Gauleiter Kollege Lehmeier einen Vortrag über: „Die drohenden Gefahren für die Arbeitslosenversicherung.“ Dieser Vortrag gab den Mitgliedern so recht einen Einblick in die dunklen Pläne der zahlreichen Gegner der Arbeitslosenversicherung. Durch die Antkenntnis der Landbevölkerung über die wahren elenden Verhältnisse in der Stadt, nach deren Meinung die Arbeitslosenversicherung dazu verwendet würde, um den Reichen derselben fette Früchte zu verschaffen, sei die Reaktion geradezu in ihrem Streben gehärtet, mit allen Mitteln gegen die Arbeitslosenversicherung anzukämpfen. Wengleich auch der Kollege Lehmeier sich ernstlich bemühte, zugunsten des nachfolgenden Vortrages des Genossen, Hauptlehrer Schropp, in aller Kürze zu halten, so waren seine Ausführungen doch jedem einzelnen verständlich, um die ungeheure Gefahr zu erkennen, die der arbeitslosen Arbeitnehmerschaft und auch allen jenen, die zwar heute noch in Arbeit stehen, aber morgen schon auch im Heer der Arbeitslosen sich befinden können, erwächst. Folgende Entschließung fand einstimmig Annahme: „Die am Samstag, dem 27. Juli, stattgefundenen, sehr gut besuchte Jahrsversammlung der Zahlstelle Augsburg protestiert gegen die Versuche des Unternehmertums, die bestehenden Sozialgesetze, insbesondere die Arbeitslosenversicherung abzubauen. Die Klagen der Unternehmer über mißbräuchliche Ausnutzung der Arbeitslosenversicherung sind unbewiesen und dienen nur zur Irreführung der öffentlichen Meinung. Die

graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Augsburgs sind gewillt, gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft alle gewerkschaftlichen Kampfmittel gegen diese demagogische Kampfesweise der Unternehmer mit ihren Trabanten und deren arbeitserfindlichem Treiben anzuwenden.“ Dem Vortrage des Kollegen Lehmeier, der für die Versammlung sehr wertvoll war, folgte der Genosse, Hauptlehrer Schropp, der in der Augsburger Arbeiterbewegung und weit darüber hinaus einen guten Namen besitzt, mit seinem Vortrage: „Das Seelenleben des Menschen.“ War schon die Aufmerksamkeit der Besucher bis hierher eine sehr gute zu nennen, so steigerte sich dieselbe bis auf das höchste, als der Genosse Schropp mit seinen sinnreichen Ausführungen begann. Leider kann hier taumelhaft nicht näher auf den sehr interessanten Vortrag eingegangen werden. Genosse Schropp verstand es geradezu meisterhaft, in die tiefsten Regungen der menschlichen Seele einzudringen und seinen atemlos lautendenden Hören die inneren Vorgänge des Menschen zu illustrieren. Einige maßvollste Darbietungen des Vortrages, die er am Klavier zum Besten gab, zeigten, daß er nicht nur als Psychologe und Pädagoge, sondern auch als musikalischer Virtuose es versteht, sein Publikum zu fesseln und in Spannung zu versetzen. Herzlicher und reicher Beifall lohnte den Redner für seine Gabe, die er mit seinem Vortrag bot. Es war ein Verdienst, der Mitgliedschaft neben der Aufklärung über gewerkschaftliche Fragen auch durch verschiedene Vorträge anderer Themen ein Maß von Wissen zu übermitteln. Der Versuch ist auf guten Grund getroffen. Vorsitzender, Kollege Koppold, gab sein Bestreben, alles zu tun, um für die weitere Folge geeignete und tüchtige Referenten zu gewinnen. Mit Dankesworten an die beiden Referenten, Schropp und Lehmeier, für ihre Bezeichnung auf gewerkschaftlichem und geistlichem Gebiet wie aber auch an die Versammlung für ihre geradezu müßiggelühtige Ruhe und Aufmerksamkeit konnte Kollege Koppold die gut besuchte Versammlung schließen.

**Zwidau.** Am 7. August fand nach längerer Pause im neuen Gewerkschaftsheim unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Bekanntgabe einiger Eingänge, welche den Besuch der im nächsten Monat beginnenden Betriebsrätefrage betreffen, sowie eines Schreibens der Zahlstelle Verdad anlässlich ihres verflorenen jährlichen Jubiläums, wird den Naturfreunden zum Bau ihres Ferienheimes „Rote-Grube“ ein Betrag von 15 M. aus der Kassa bewilligt. Den Bericht vom letzten Gantag in Reichen erstattete Kollege Schöne ausführlich; der Kollege Fischer berichtete über eine in Dresden stattgefundene Konferenz der sächsischen Ortsausstöße und Gewerkschaften; Kollege Spiebold vom ADGB referierte über die Arbeitslosenversicherung. Die Anwesenden erklärten sich damit einverstanden, daß eine Verschlechterung derselben nie Platz greifen darf, bevor nicht alle Mittel versucht worden sind. Der Kollegin Klara Stopp wurde aus Anlaß ihres 25jährigen Berufs- und Geschäftsjubiläums vom Vorsitzenden Käseberg die herzlichsten Glückwünsche im Auftrage der übrigen Kollegenschaft übermitteln. Mit Worten des Dankes an alle Kollegen und Kolleginnen verließ die Kollegin Stopp auch weiterhin zum Wohle der gesamten Zahlstelle zu arbeiten. In der nächsten Versammlung soll ein Lichtbildvortrag gehalten werden. Mit der Aufforderung, bis dahin tüchtig zu agitieren und zu werben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

## Rundschau

**Sprachkurse.** Anfang September beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfangskurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Rechtliches Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzgefügen und Sprachlehre; Fremdwortkunde, „mir oder mich“.

## Feine Leute!



»Meine Herren, Herr Professor Sauerbruch hat erklärt, daß Tuberkulose durch Diät geheilt werden kann. Die Gesundheit unserer Arbeiter und Angestellten liegt uns am Herzen. Um für eine ausreichende Diät zu sorgen, schlage ich eine 25prozentige Lohnkürzung vor!«

grammatische Schwierigkeiten, Schellerei, Anfertigung von Aufträgen. Zur Dedung der Löhnen wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Beiträge werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Sämtliche Kurse werden jetzt im eigenen Heim der Sprachschule, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 52, abgehalten. Die Schule ist mit allen neuesten Hilfsmitteln für den fremdsprachlichen Unterricht (Lautapparate, Aufnahmegeräte usw.) eingerichtet. Kunst- und Musikunterricht (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin W. 35, Potsdamer Straße 52.

**Arbeiter-Ferienreisen.** Mit dem Kraftwagen durch den Schwarzwald! In unsere erste Schwarzwaldfahrt vom 8. bis 11. September 1929. Sieben herrliche Tage durch den sich färbenden Schwarzwald, ins Badener Land, dem Lande der Flüsse und Täler, der Berge und Seen, der Burgen und Ruinen, der modernen Städte und idyllisch gelegenen Bauernhöfe. Im Norden wird Baden von dem sagenumwobenen Oberrhein bestrahlt, durch seine Mitte zieht sich das geballte Massiv der Schwarzwaldberge, die über dieses Stück Erde ihre Gipfelarme breiten, und im Süden spielen die Fluten des jungen Rheins zu seinen Füßen. Ein herrliches buntes Mosaik hat die Natur hier geschaffen. Das Paradies Deutschlands nennen es die Dichter. In dieses Paradies wollen wir fahren. Reisetagen im Monat: bei Anmeldung im August 125 M., bei Anmeldung im September 126 M. Alle Auskünfte durch die Arbeiterferienreise-Gesellschaft für die mitteldeutsche Arbeiterschaft. Anschrift: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausstöße Leipzig, Kulturabteilung, Leipzig E. 1, Volkshaus (Zelter Straße 32).

**Das Dörfchen-Ferienheim der graphischen Arbeiterschaft.** Viele unserer Kolleginnen und Kollegen wissen nicht, daß der Spätsommer und Herbst an der Dörfchen unergiebiglich schön sind. In dieser Jahreszeit herrscht hier ein mildes, beständiges Wetter. Das Baden bietet ebensoviel Genuß wie in den vorhergehenden Monaten. Im Gegensatz zu den Frühjahrsmonaten ist die Luft- und Wassertemperaturen in den Monaten August und September sogar höher und natürlich auch angenehmer. Viele Kolleginnen und Kollegen, die durch geschäftliche Rücksichten ihren Urlaub erst spät antreten können, haben also immer noch Gelegenheit, ihn angenehm zu verbringen. Die graphische Arbeiterschaft hat in Graal an der Dörfchen ein eigenes Ferienheim. Es ist solide und geschmackvoll eingerichtet. In 30 Doppelzimmern stehen 45 Betten zur Verfügung. Der Aufenthaltspreis ist den örtlichen Verhältnissen nach gering bemessen. Die Miete beträgt je nach Lage der Zimmer pro Tag und Person 3 M., für Kinder von 10. bis 14 Jahren ebenfalls 3 M., von 6 bis 10 Jahren 2 M. und von 2 bis 6 Jahren 1.50 berechnet. Die Miete schließt die Kosten für Bettwäsche und elektrisches Licht ein. Alle Mahlzeiten werden in einem freundlich ausgestatteten Speisesaal gemeinsam eingenommen. Graal liegt an der Bahnhofsstraße Ködtershagen-Müritsch. Das nächstgelegene größere Dörfchenbad ist Barnemünde. Wunderbare waldbreiche Umgebung, herrlicher Strand, schöner angelegter Strandpromenade und eine große Seebrücke bieten Gelegenheiten zu landschaftlichen Genüssen. Von Mitte August bis Ende September sind noch Zimmer abzugeben. Zuschriften sind zu richten an: Ferienheimfäulen-Genossenschaft „Gutenberg“, Berlin, Luisenauer 37.

## Literatur

**Neuen und Wandern als Erholung** ist für die Arbeiterschaft erst in neuer Zeit Zeitbegriff geworden. Seitdem entfallen auch Einrichtungen dafür. In ihrer neuesten Sondernummer „Die Gemeinwirtschaftlichen Verhältnisse und Reiseveranstaltungen“ bringt die „Gemeinwirtschaft“ darüber aus landläufigen Ideen Abhandlungen mit Bildern. „Die Gemeinwirtschaft“ kann von jeder Buchhandlung, Post oder direkt vom Verlag der Gemeinwirtschaft, Bena, bezogen werden. Der Preis beträgt vierteljährlich 3.40 M.

**Der Sozialdemokratische Pressekongress.** Eine Betrachtung über die Entwicklung, den Ausbau und die Aufgaben des Sozialdemokratischen Pressekongresses von Paul Kampffmeyer. Verlag J. F. W. Dieb Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68.

**Die Zwangsversteigerung als arbeitsgerichtliche Urteile** und andere volkrechtere Urteile von Erich Sommer, 45 Seiten. Preis 1.35 M., Berlin 1929, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 13, Inselstraße 6a. Schlichter: Der **Wahlereifer**. Eine verständliche und beratende Darstellung für Eltern und Erzieher, deren Schutzbedürfnisse der Arbeitererben erkennen wollen. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. Preis 1.80 M.

**Die Vorkursus.** Am 1. August erscheint im Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin 1929, eine Zeitschrift „Die Vorkursus“. Herausgeber: Johannes H. Becker, Adolf Sobry, Erich Weichert, Kurt Käber und Ludwig Benn. Diese Zeitschrift ist ein Monatsheft für arbeitslose und realpolitische Arbeiter. Sie bringt: Gebiete, Kurzsichten, Neotragien, Stoffen, Buchbesprechungen, politische Aufsätze, grundsätzliche Auseinandersetzungen. Vorkursus Auflage 12 000. 32 Seiten. Preis 30 Pf.

Plötzlich und unerwartet wurde unsere Kollegin

## Charlotte Wöhlke

im Alter von 20 Jahren uns durch den Tod entziffen. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Die Mitgliedschaft Dresden.

Unserer lieben Kollegin Barbara Holzweiser nebst Bräutigam Herrn Hermann Wilmis zu ihrer Vermählung unsere besten Wünsche.

## Abrechnungen

In der Woche vom 5. bis 10. August sind folgende Abrechnungen des 2. Quartals bei der Hauptkasse eingegangen: Aus Frankfurt für Gau 2, Hannover für Gau 9, Hamburg für Gau 10. Gebührenden kamen aus Frankfurt a. M. 8778,65 M., Hannover 5750 M., Hamburg 17 722,57 M., Magdeburg 805,35 M.

Berlin, den 10. August 1929 Heinrich Lodaßl.

Für die Woche vom 11. bis 17. August ist die Beitragsmarke in das 3. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: Eugenbert Wucher, Charlottenburg, Weertheilstraße 16, Berlin. Am 1. September 1929. Verleger: F. Lodaßl, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckverlag G. m. b. H., Berlin SW 61, Treibundstraße 5.